

Alle Zeichen stehen auf Sturm
- Simbabwe in tiefer wirtschaftlicher
und politischer Krise.

Simbabwe vom 05.10. - 15.11.1998,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

1.	Einführung	406
2.	Die aktuelle wirtschaftliche und politische Lage in Simbabwe	406
	<i>Die Inflation macht der Bevölkerung zu schaffen</i>	
	<i>Die Börse reagiert empfindlich</i>	
	<i>Der Weltmarktpreis für Tabak sinkt</i>	
	<i>Der Staatshaushalt als Steinbruch</i>	
	<i>Es formiert sich Widerstand</i>	
	<i>Das Abenteuer Kongo</i>	
3.	Wer ist Robert Mugabe?	408
4.	Chronik	409
5.	Bevölkerungsstruktur	410
	<i>Die schwarze Landbevölkerung zieht es in die Städte</i>	
	<i>Die Lebensbedingungen in den Slums lassen sich verbessern</i>	
	<i>– Ein Beispiel</i>	
6.	Der Agrarsektor	411
	<i>Stütze der Wirtschaft</i>	
	<i>Warten auf die Landreform</i>	
7.	Hoffnungsträger Tourismus	413
8.	Die Rolle der Medien	413
	<i>Printmedien</i>	
	<i>Elektronische Medien</i>	
	<i>Das neue Mediengesetz</i>	
	<i>SABA-News – der Blick über den Tellerrand</i>	
9.	Die Menschen in Simbabwe – Zwei Beispiele	418
	<i>Der erfolgreiche Schwarze: Strive Masiyiwa</i>	
	<i>Der enttäuschte Weiße:</i>	
	<i>Ein Farmer aus dem Südosten des Landes</i>	



Klaus Stratmann, Jahrgang 1964, Berufsausbildung zum Bankkaufmann, danach Jura-Studium; während der Berufsausbildung und während des Studiums freie Mitarbeit bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), nach dem juristischen Staatsexamen Volontariat bei der WAZ, danach zunächst Lokalredakteur, seit 1996 Politikredakteur in der Zentralredaktion der WAZ in Essen.

1. Einführung

Vor Antritt meiner Reise nach Simbabwe hatte ich Vielversprechendes gelesen: Das Land habe das Potential zu einer „afrikanischen Erfolgsstory“, es befinde sich in wirtschaftlicher Hinsicht in einer „interessanten Take-Off-Phase“. Was Afrika-Fachleute da zu Papier gebracht hatten, mag vor zwei, drei oder vier Jahren zutreffend gewesen sein; heute ist es Makulatur. Das Land ist in einer überaus schwierigen Lage.

Ich habe mit Politikern, Gewerkschaftern, Unternehmern, Farmern und Vertretern ausländischer Hilfsorganisationen über die Situation im Land gesprochen und mir anhand ihrer Aussage ein Bild von der politischen und wirtschaftlichen Lage gemacht. Bei Journalisten aus Simbabwe informierte ich mich außerdem über die Rolle der Medien im Land.

2. Die aktuelle wirtschaftliche und politische Lage in Simbabwe

Die Inflation macht der Bevölkerung zu schaffen

Wichtige Wirtschaftsdaten sprechen eine deutliche Sprache: Die Inflation galoppiert, sie hat 1998 die 40%-Marke überschritten. Allein die staatlich diktierten Benzinpreise wurden Anfang November 1998 von einem Tag auf den anderen um 67% erhöht. Bald ist auch mit deutlichen Aufschlägen beim Grundnahrungsmittel Mais zu rechnen.

Die jahrelangen Versuche der Regierung, die Preise zu kontrollieren, sie künstlich niedrig zu halten, sind gescheitert. Jetzt ist das Volk mit der harten Realität konfrontiert. Nach Berechnungen von Wirtschaftsfachleuten machten die Reallöhne schon 1996 weniger als 20% des Wertes von 1980 aus. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen zwei Jahren noch beschleunigt.

Die Börse reagiert empfindlich

Die Börse in Simbawes Hauptstadt Harare reagiert auf die aktuellen Wirtschaftsdaten empfindlich: Im August 1997 hatte sie mit gut 12 000 Punkten einen historischen Höchststand erreicht, verlor jedoch bis November 1998 über 70% ihres Wertes.

Finanzfachleute machen die Regierung für die katastrophale Börsenstimmung verantwortlich: Sie werfen den Machthabern eine unsolide Haushaltspolitik, Unberechenbarkeit und Sprunghaftigkeit vor, kritisieren die Vetterwirtschaft – alles in allem Faktoren, die Investoren abschrecken.

Die Misere könnte nach Ansicht der Banken in Kürze zu einer Welle von Firmenpleiten führen. Für die Einschätzung, dass die aktuellen Probleme in Simbabwe überwiegend hausgemacht sind - und nicht, wie von der Regierung gern behauptet, eine Folge der asiatischen Finanzkrise -, spricht der Vergleich mit anderen Ländern der Region. Die Börsen von Mauritius, Botswana oder Ghana haben die Asienkrise des Jahres 1998 unbeschadet überstanden.

Der Weltmarktpreis für Tabak sinkt

Neben den hausgemachten Problemen gibt es freilich auch Faktoren, auf die die Regierung keinen Einfluss hat. Das Land, nach Brasilien zweitgrößter Tabakproduzent der Welt, bekommt den Verfall der Tabakpreise zu spüren: Die Weltmarktpreis fiel 1998 um 30%.

Der Staatshaushalt als Steinbruch

Zurück zu den Problemen, für die die Regierung allein die Verantwortung trägt: Der Staatshaushalt gleicht einem Steinbruch. Ministerien, die Geld brauchen, bedienen sich. Es gibt keine verlässliche Finanzplanung, das Parlament hat nur schwache Kontrollmöglichkeiten. Internationale Organisationen kritisieren zudem, der Staatsapparat sei völlig aufgebläht und viel zu teuer.

Ein großzügiges politisches Zugeständnis von Staatschef Robert Mugabe lastet wie ein Mühlstein auf dem Haushalt des Landes. Als im Sommer 1997 die Veteranen des Unabhängigkeitskrieges auf die Barrikaden gingen und Renten forderten, reagierte Mugabe schnell: Er gewährte jedem der 55 000 Kriegsveteranen eine Abfindung von jeweils 50 000 Simbabwe-Dollar (etwa 2500 DM) und außerdem eine monatliche Rente von 2000 Simbabwe-Dollar. Allein die monatliche Rentenzahlung übersteigt den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn deutlich. Im Haushalt 1997 waren die Ausgaben nicht vorgesehen. Mugabes Großzügigkeit den Veteranen gegenüber brachte die Staatsfinanzen endgültig ins Trudeln.

Es formiert sich Widerstand

Den anfangs schleichenden Prozess der Verarmung hat das Volk zunächst weitgehend klaglos hingenommen, nur vereinzelt gab es Proteste. Doch jetzt gewinnt der Widerstand an Kontur. Mal gehen städtische Bedienstete auf die Straße, denen die Verwaltung das Gehalt nicht mehr bezahlen kann. Dann gibt es Proteste dagegen, dass die Verwaltung Harares in einigen Stadtteilen die Wasserversorgung nicht mehr aufrechterhalten kann. Außerdem gibt es Demonstrationen gegen Korruption und Vetternwirtschaft. Kurz nach der Erhöhung der Benzinpreise schließlich kam es im November 1998 unter Führung des Gewerkschaftsbundes einmal wöchentlich, jeweils mittwochs, zu Massenprotesten. Mugabe musste die Notbremse ziehen: Er verbat sämtliche Streiks. Wer diese Anordnung missachtet, kann für bis zu zehn Jahre ins Gefängnis gesteckt werden.

Das Abenteuer Kongo

Der Staatspräsident äußert sich ansonsten nicht zu den drängenden Problemen. Mugabe agiert lieber auf internationalem Parkett. So engagiert er sich etwa in der Demokratischen Republik Kongo. Dort greift er seinem Freund Laurent Kabila militärisch unter die Arme.

Zuerst waren es noch wenige hundert Soldaten aus Simbabwe, die Mugabe in den Kongo entsandt hatte. Jetzt sollen es 10 000 sein. Die Opposition kritisiert das Eingreifen im Kongo. Sie wirft Mugabe Abenteuerertum vor. Er verfolge das Kongo allein private Interessen, nicht die Simbabwes.

Die Staatskasse Simbabwes wird durch den Militäreinsatz nach Angaben von Kritikern täglich mit umgerechnet 1,5 Mio US-Dollar belastet. Viel Geld für ein armes Land.

Von der Aufbruchsstimmung, die das Land nach Erlangung der Unabhängigkeit Anfang der 80er Jahre beflügelte, ist nichts mehr zu spüren. Schon gibt es sogar Schwarze, die zumindest hinter vorgehaltener Hand den Zeiten hinterhertrauern, als die Minderheit der Weißen das Land noch fest im Griff hatte. Damals sei einfach alles besser gewesen. Das stimmt zwar nicht, es zeigt aber, wie enttäuscht viele Menschen von der Regierung in Harare sind.

3. Wer ist Robert Mugabe?

Ein Motorrad mit Blaulicht und Sirene fährt mit Tempo 100 über die vier-spurige Second Street in Richtung Harare-City. Dem Motorrad folgen zwei weitere schwere Maschinen, mit hundert Metern Abstand ein Polizei-Mercedes, dann zwei dunkle Volvos, weitere schwere Limousinen, schließlich ein Mercedes der S-Klasse mit abgedunkelten Scheiben und dem Kennzeichen „ZIM 1“. „ZIM“ ist die Abkürzung für die englische Schreibweise Simbabwe, eben mit einem Z als erstem Buchstaben. In diesem Wagen sitzt Staats-

präsident Robert Mugabe. Doch sein Fahrzeug bildet nicht das Schlusslicht der Kolonne. Seiner Limousine folgen u. a. ein Krankenwagen sowie ein Armee-Transporter, auf dessen offener Ladefläche Soldaten in Kampfanzügen mit Maschinengewehren ihren Platz haben.

Nein, der Präsident hat nicht gerade am Flughafen einen Staatsgast empfangen, den er jetzt in die Stadt geleitet. Vielmehr reist der Präsident immer so. Wer sich so fortbewegt, fühlt sich in seiner Hauptstadt nicht sonderlich sicher.

Die Nutzer der vielbefahrenen Straße kennen das Ritual längst. Sie haben sich auf dem Bürgersteig in Sicherheit gebracht, Autos halten am Straßenrand, Menschen sind von ihren Fahrrädern und Motorrädern abgestiegen.

Wer ist dieser Robert Mugabe? Lange Zeit zählte Robert Mugabe zu den Lichtgestalten unter den Politikern Afrikas. Noch immer genießt er im Ausland einen exzellenten Ruf. Doch in Simbabwe selbst hat das Bild vom besonnenen und auf Ausgleich zwischen Schwarz und Weiß bedachten Staatsmann Schaden genommen.

Rücksichtslos hat Mugabe die Macht im Lande auf seine Person konzentriert, die Entwicklung zu mehr Demokratie massiv behindert.

Mugabe, 1924 als Sohn eines Tischlers in einem Provinznest geboren, ist während seiner Zeit an der Spitze des Landes ein schwerreicher Mann geworden. Ein amerikanisches Magazin setzte ihn kürzlich auf Platz sieben der reichsten Staatsoberhäupter der Welt. Er rangiert demnach vor Queen Elizabeth. Es gibt kaum ein großes Geschäft im Lande, an dem nicht der Staatspräsident selbst oder zumindest einer seiner Günstlinge verdient.

An Mugabes Lebensleistung ist nicht zu rütteln: Er führte das Land in die Unabhängigkeit, beseitigte die weiße Vorherrschaft. Er ist für seine Ideale eingetreten, saß über zehn Jahre lang im Gefängnis. Sein Einsatz gegen das auf strikte Rassentrennung bedachte weiße Regime in Salisbury, dem heutigen Harare, begann Ende der 50er Jahre. 1980 erreichte er sein Ziel. Seitdem ist er der einflussreichste Mann im Land.

Mugabe, der Philosophie, Geschichte und Ökonomie u.a. in London studierte und insgesamt fünf Universitätsdiplome erworben hat, war einer der Köpfe der Blockfreien-Bewegung. Trotz seiner sozialistischen Rhetorik betrieb er lange Zeit eine pragmatische Politik, die dem Land in den 80er Jahren und Anfang der 90er Jahre beachtliche wirtschaftliche Erfolge bescherte.

Seit einigen Jahren verfällt er immer wieder in populistische Rhetorik und wettet gegen die weiße Minderheit.

4. Chronik

Der Brite Cecil Rhodes (1853 bis 1902), Mitbegründer der heute noch den Welt-Diamantenmarkt beherrschenden Firma De Beers, erwirbt 1888 im Bereich des heutigen Simbabwe vom Ndbelekönig Lobengula Land. Die British South Africa Company, die unter Rhodes' Führung steht, beginnt sofort Europäer anzusiedeln. Der Widerstand der Schwarzen wird gebro-

chen, das Land wird 1891 britisches Protektorat und heißt ab 1894 - nach Rhodes - Rhodesien.

In den 60er Jahren lehnen die Briten es ab, das Land in die Unabhängigkeit zu entlassen, weil die weiße Minderheitsregierung die Schwarzen nicht an der Macht beteiligt. Premier Ian Smith erklärt daraufhin 1965 einseitig die Unabhängigkeit, die jedoch international nicht anerkannt wird. Die internationale Ächtung der Smith-Regierung bleibt zunächst ohne Wirkung. Die Bevölkerungsmehrheit der Schwarzen verstärkt ihren Kampf gegen die weißen Machthaber, der Bürgerkrieg fordert 27 000 Menschenleben. Smith hält sich lange, er bleibt bis 1979 Premier. Erst 1980 setzen sich die Schwarzen durch. Das Land wird in Simbabwe umbenannt.

5. Bevölkerungsstruktur

Knapp zwölf Millionen Menschen leben in Simbabwe. 80 000 Menschen sind Weiße. Sie haben auch heute noch einen überproportionalen Einfluss auf das Wirtschaftsleben. Die Weißen haben im Schnitt ein zehnmal höheres Einkommen als die Schwarzen.

Die schwarze Landbevölkerung zieht es in die Städte

31% der Gesamtbevölkerung Simbabwes leben in den Einzugsgebieten der Städte. 80% der städtischen Bevölkerung sind Afrikaner, 80% der Weißen leben in der Stadt.

Die Lebensbedingungen haben sich auf dem Land in den vergangenen Jahren besonders stark verschlechtert. Immer mehr Menschen zieht es in die Städte. Für die von mehreren großen Dürren geplagte Landbevölkerung gelten die Städte als Oasen guter Versorgung – ein Trugschluss, wie die meisten Menschen feststellen müssen, die vom Land in die Stadt kommen.

In der Zeit von 1969 bis 1982 haben die 19 größten Städte ihre Einwohnerzahl verdoppelt. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen Jahren weiter fortgesetzt, ja sogar noch beschleunigt.

Die Folge: Am Rande der Städte entstehen riesige „High Density Suburbs“, in denen sich Hunderttausende auf engstem Raum unter katastrophalen Bedingungen drängen. Wir würden diese Stadtviertel wohl „Slums“ nennen – und nicht „Vorstädte mit hoher Siedlungsdichte“.

Allein von den 1,2 Millionen Menschen, die in Harare leben, drängen sich 800 000 in den Slums.

Die Lebensbedingungen in den Slums lassen sich verbessern – Ein Beispiel

Bemühungen der Regierung, die Wohnsituation der Menschen in den Slums zu verbessern, waren in den vergangenen Jahren selten von Erfolg gekrönt. Doch es gibt private Organisationen, denen es – mit Unterstützung ausländischer Helfer – gelingt, die Lebensbedingungen zumindest für einzelne

Familien zu verbessern. Eine dieser Organisationen heißt „Housing People of Zimbabwe“.

Regis Mtutu arbeitet für die „Housing People of Zimbabwe“. Die Organisation baut schlichte Häuser in den Armenvierteln. Seit 1992 haben die „Housing People“ - unterstützt von europäischen Einrichtungen - 4500 Familien zu einem Dach über dem Kopf verholfen.

Wer in die Slums gezogen ist und das Glück hat einen Job zu bekommen und zudem noch ein wenig Geld zurücklegen kann, dem helfen Regis Mtutu und seine Kollegen. Die Idee der „Housing People“: Sie fördern die Bildung von Genossenschaften, die gemeinsam für ein Hausbauprojekt sparen. Derzeit sind 20 000 Familien in solchen Spargenossenschaften mit 14 bis an die 2000 Mitgliedern vereint. Die „Housing People“ besorgen das Land, entwerfen Pläne und begleiten die Bauphase.

Regis Mtutu: „Die Familien, die gemeinsam sparen, kennen sich untereinander, wohnen bereits in den Slums zusammen. Es ist wichtig, dass die Sozialstrukturen erhalten bleiben.“ Oftmals beteiligen sich die Sparer gemeinsam an der Herstellung von Baumaterial, brennen etwa die Ziegel selbst.

Es steht kein Luxus am Ende der Bemühungen: Eine sechsköpfige Familie bezieht ein Haus mit zwei Räumen. Die Grundstücke sind so bemessen, dass die Häuser erweitert werden können.

Das Konzept ist für die Slums rund um die Städte geeignet. Auf dem Land bleibt es dabei: Die Menschen leben in den charakteristischen Rundhütten, an ein Haus nach unseren Vorstellungen verschwendet dort niemand einen Gedanken.

6. Der Agrarsektor

Stütze der Wirtschaft

Der Agrarsektor ist eine der Stützen der Wirtschaft. Die Landwirtschaft lässt sich in einen überwiegend von weißen, exportorientierten Großfarmern betriebenen Sektor und den von Schwarzen betriebenen Kleinbauernsektor einteilen. Während die Großfarmer in erster Linie Tabak, Baumwolle sowie Gemüse anbauen und Rinder züchten, tragen die Kleinbauern in erheblichem Maß zu Produktion des Grundnahrungsmittels Mais bei.

Die Landwirtschaft bietet 75% der Bevölkerung die Existenzgrundlage, im Agrarbereich werden knapp 50% der Ausfuhrerlöse erzielt.

Simbabwe gehört zu den wenigen Ländern Afrikas, deren landwirtschaftliche Produktion nicht nur ausreicht, um den Ernährungsbedarf der eigenen Bevölkerung zu decken; vielmehr werden auch Nahrungsmittel exportiert. Simbabwe war jahrelang Weltmarktführer beim Tabakanbau, wurde jedoch von Brasilien auf Platz zwei verdrängt.

Warten auf die Landreform

Die Landfrage zählt zu den großen Problemen Simbabwes. Die Regierung tut sich schwer mit brauchbaren Konzepten für eine Bodenreform.

Der mit Abstand größte Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens befindet sich in der Hand von etwa 4800 ganz überwiegend weißen Farmern. Der Landhunger der schwarzen Bevölkerung ist groß, für sie ist es jedoch schwer, Zugang zu gutem Land zu finden.

Niemand bestreitet, dass dieser Zustand untragbar ist. Selbst die Großfarmer zeigen sich gesprächsbereit. Und die Regierung steht bei den Schwarzen im Wort. Sie hat mehrfach angekündigt das Problem in Angriff zu nehmen. Doch die Pläne, die bis jetzt bekannt wurden, werden von internationalen Beobachtern mit großer Skepsis betrachtet.

Das jüngste Konzept der Regierung sah zunächst die Enteignung von 1500 Großfarmern vor. Auf diesem Wege sollten fünf Mio Hektar Land für 90 000 schwarze Familien zusammenkommen. Und wenn die Geberländer nicht das Geld für Entschädigungen zur Verfügung stellten, werde man die Großfarmer eben entschädigungslos enteignen, kündigte die Regierung an. Das ging den Industriestaaten zu weit.

Die Staaten, die Simbabwe finanziell unterstützen, haben allen Grund, das Thema Landreform äußerst skeptisch zu begleiten. In den 80er Jahren hatte es bereits eine Reform gegeben - die ging gründlich schief. Damals standen 3,7 Mio Hektar Land zur Verfügung. Sie sollten an die schwarze Bevölkerung verteilt werden - reichlich Fläche für mehrere zehntausend Familien. Später sickerte durch, dass große Teile der Fläche in die Hände der Machtelite des Staates fielen. So soll etwa Vizepräsident Nkomo über Nacht zum Großgrundbesitzer geworden sein. Nach verlässlichen Angaben internationaler Beobachter gehören ihm vier Prozent der Landesfläche. So etwas soll sich nicht wiederholen. „Wie auch immer die Regierung eine Reform durchziehen will - alles muss transparent sein“, sagt ein Beobachter.

Von der Maximalforderung der Enteignung von 1500 Farmern ist die Regierung auf Druck der Geberländer wieder abgerückt. Jetzt sollen 900 Farmer enteignet werden.

Die Geberländer haben klargemacht, dass die Regierung das Geld für eine angemessene Entschädigung selbst besorgen muss. Die Industrieländer wollen nur Geld für das Training künftiger Landbesitzer geben.

Experten schätzen, dass es nach der Übereignung des Landes noch 30 Jahre dauern wird, ehe eine Reform wirklich abgeschlossen ist. „Es ist nicht damit getan, den Menschen Land zur Verfügung zu stellen. Sie müssen ausgebildet werden, sie brauchen zunächst Geld, um ihr Land bewirtschaften zu können“, sagt ein Fachmann.

Hier liegt das Dilemma der Landfrage: Sollte es in absehbarer Zeit keine greifbaren Ergebnisse einer Landreform geben, wird der Unmut breiter Bevölkerungsschichten in eine offene Konfrontation mit der Regierung umschlagen. Alle Fachleute sind sich daher einig: Es muss schnell etwas geschehen. Wird die Landreform jedoch übereilt, könnte die Landwirtschaft,

das Rückgrat der Ökonomie des Landes, erheblichen Schaden nehmen. Ob der Regierung es gelingt, die gefährliche Gratwanderung zu bewältigen, ohne dass das Land darunter leidet, bleibt abzuwarten.

7. Hoffnungsträger Tourismus

Der Tourismus gewinnt als Wirtschaftsfaktor zunehmend an Bedeutung. Touristische Attraktionen des Landes sind die Victoria Fälle, die Eastern Highlands und der Hwange Nationalpark mit riesigen Großwild-Beständen.

Im November 1998 jubilierte Tourismus-Minister Simon Moyo: Er erwartete für 1998 einen Besucherrekord: 2,6 Millionen Touristen würden bis Ende des Jahres in Simbabwe Urlaub machen, sagte er voraus. 1997 waren es nur 1,9 Millionen, 1980, als Simbabwe die Unabhängigkeit erlangte, ganze 79 000.

Simbabwe hat sich binnen kurzer Frist im afrikanischen Tourismus einen Spitzenplatz gesichert. 1996 stand das Land - gemessen an den durch Tourismus erzielten Einnahmen – noch auf Platz neun in Afrika, 1998 war der vierte Platz so gut wie sicher. Nach dem Agrar- und dem Bergbausektor (neben Kohle wird vor allen Dingen Chrom, Nickel, Kupfer und Eisenerz gewonnen) ist der Tourismus nun Einnahmequelle Nummer drei des Landes. 150 000 Menschen arbeiten direkt im Tourismus-Sektor, weitere 100 000 Jobs sind indirekt vom Tourismus abhängig.

Freilich kann es mit dem Tourismus nur weiter bergauf gehen, wenn die politische Lage stabil bleibt. Sollte die Lage in Simbabwe sich weiter verschlechtern, könnte das unabsehbare Folgen für den Hoffnungsträger Tourismus haben.

8. Die Rolle der Medien

Printmedien

Der staatliche Mass Media Trust hat große Teile der Presselandschaft fest im Griff. Er nimmt wesentlichen Einfluss auf die Tages- und Sonntagszeitungen. Die großen Tageszeitungen „The Chronicle“, „The Herald“ und „The Mirror“ werden direkt oder indirekt vom Mass Media Trust kontrolliert. Gleiches gilt für die Sonntagsblätter „Sunday Mail“ und die „Sunday News“.

Neben den Zeitungen unter staatlichem Einfluss gibt es im Moment zwei unabhängige und regierungskritische Zeitungen: die „Financial Gazette“ und den „Independent“. Beide erscheinen wöchentlich.

Ein Blick in den „Independent“ zeigt, dass hier keine Zeitung nach dem Geschmack der Regierung gemacht wird. Auf den Titelseiten der Oktober- und November-Ausgaben werden die herrschenden Kreise nicht gerade mit Samthandschuhen angefasst. Da geht es um explodierende Kosten beim Bau eines Hauses für Harares Bürgermeister Tawengwa. Oder es wird dem Streikaufruf

des Gewerkschaftsbundes ZCTU viel Platz eingeräumt. Berichte über die katastrophale Haushaltslage des Landes finden ebenfalls breiten Raum auf Seite 1.

Die regierungskritische Berichterstattung setzt sich im Innenteil der Zeitung fort. In Kommentaren werden Vetternwirtschaft, Korruption und Missmanagement sehr deutlich und kritisch aufs Korn genommen. Auch Staatspräsident Robert Mugabe wird direkt angegriffen. Leitartikler des „Independent“ sprechen das aus, was viele denken: Es wäre besser, wenn Mugabe endlich ginge.

Die staatlich kontrollierten Zeitungen winden sich. Ihre Chefredakteure haben natürlich erkannt, dass man Probleme, die von den beiden unabhängigen Zeitungen thematisiert werden, nicht mehr schlichtweg ignorieren kann, wie das der Fall war, als es die unabhängige Konkurrenz noch nicht gab. Halbherzig und distanziert berichtet der „Herald“ im November über die Streiks in Harare und Bulawayo, versucht, das Bild vom aufgebrachten Mob zu vermitteln. In den unabhängigen Zeitungen werden die Streiks als eindeutig politisch motivierte und überwiegend gewaltlos verlaufende Proteste gegen die Versäumnisse der Regierung geschildert.

So gewinnt also die unabhängige Presse in Simbabwe an Profil. Der Regierung gefällt das zwar nicht. Mugabes Leute haben jedoch erkannt, dass es opportun ist, den Wünschen der Länder zu entsprechen, die Simbabwe in erheblichem Maß mit Entwicklungshilfe-Geldern unterstützen. Die Presse darf also nicht allzu offensichtlich behindert werden. Freilich lässt die Regierung unabhängige Zeitungen nicht völlig frei schalten und walten. Wenn ein Journalist nach Auffassung der Regierung den Bogen überspannt, muss er mit Repressionen rechnen.

Basildon Peta, Journalist beim „Independent“, hat das am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Es ist erst wenige Jahre her, da war er wegen eines kritischen Berichts eine Woche lang in Haft. So weit geht die Regierung heute wohl nicht mehr. Allerdings wurden noch 1997 zwei Moderatoren des staatlichen Senders ZBC fristlos entlassen, weil sie sich im Hörfunk kritisch über die Brutalität der Polizei beim Vorgehen gegen friedliche Demonstranten geäußert hatten.

Eine neue Zeitung entsteht

Ich treffe Basildon Peta kurz vor meiner Abreise in der Redaktion des „Independent“ am Rande der Innenstadt von Harare. Voller Enthusiasmus berichtet er mir Mitte November von einem neuen Projekt, von einer täglich erscheinenden unabhängigen Tageszeitung, die ab Februar 1999 verkauft werden soll. Peta wird bereits ab Dezember bei der neuen Zeitung arbeiten. Vier seiner Kollegen vom „Independent“ wechseln ebenfalls zu dem neuen Blatt, haben ihre Arbeitsverträge bereits unterschrieben.

Hinter dem Projekt steht ein irischer Investor, der bereits mit Zeitungen in Großbritannien und Südafrika erfolgreich ist. Eine Startauflage von 30 000 ist

für die erste unabhängige Tageszeitung vorgesehen; nach sechs Monaten sollen es 100 000 Exemplare sein – ein ehrgeiziges Ziel, bedenkt man, dass der „Herald“ mit einer Auflage von 80 000 Stück die bislang größte Tageszeitung des Landes ist.

Während die unabhängigen Wochenblätter „Independent“ und „Financial Gazette“ sich an den überdurchschnittlich gebildeten Leser wenden, soll die neue Zeitung ein Blatt für die breite Masse werden.

„Die Zeitung wird neue Bewegung in die Presselandschaft bringen“, erhofft sich Peta. Etwa 80 Journalisten werden für das neue Blatt arbeiten.

Elektronische Medien

- Fernsehen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die in ihrem Büro in Harare die Medienlandschaft in Simbabwe beobachtet, erkennt einen „Hauch von Pluralität“ im Land. Als Beleg wird im Jahresbericht 1997 der Friedrich-Ebert-Stiftung die Einführung von JOY-TV angeführt. Die Darstellung in diesem Abschnitt stützt sich auf den Jahresbericht 1997 von Wolfgang Riehn (Friedrich-Ebert-Stiftung) über die Rolle der Medien in Simbabwe.

Seit August 1997 ist der neue Fernsehkanal JOY-TV auf Sendung. Damit ist das mehr als zehn Jahre währende „Monopol der Langeweile“ (Wolfgang Riehn) gebrochen. Die neue kommerzielle Konkurrenz trägt dazu bei, dass auch das Regierungsfernsehen der Zimbabwe Broadcasting Corporation nicht mehr ganz so staatstragend und verstaubt wirkt, wie es nach Schilderung von Beobachtern aussah, ehe JOY-TV den Sendebetrieb aufnahm.

Die Regierung hat nicht aus freien Stücken den zweiten TV-Kanal ermöglicht. Die Vermietung des Kanals bringt Geld, das dem überschuldeten Staatsrundfunk auf die Beine helfen soll.

Der zweite Kanal ist allerdings kein reiner JOY-TV-Kanal. JOY-TV teilt sich die tägliche Sendezeit von sechs bis 24 Uhr in Stundenblöcken mit zwei weiteren kommerziellen Anbietern: MABC und LDM.

Kabelfernsehen gibt es nicht. Satelliten-Empfangsanlagen sind nur für eine begüterte Minderheit erschwinglich.

Wolfgang Riehn: „Informationspolitisches Novum ist die Live-Ausstrahlung und somit ungekürzte Übernahme des Haupt-Nachrichtenausgaben von CNN sowie der BBC. Die Zensurbeflissenheit des Staatsfernsehens ZBC wurde in aller Peinlichkeit offenbar, als im Dezember 1997 während der Massen-Demonstrationen gegen die Steuerpolitik der Regierung Hunderttausende auf die Straße gingen. Der Regierungskanal schwieg sich in Wort und Bild über die Protestaktion aus. Nicht verhindert werden konnte, dass Reporter von CNN und BBC live über das Geschehen berichteten. Der Zulassung konkurrierender TV-Programme kommt somit eher eine Ventilfunktion zur Dämpfung der allgemeinen Unzufriedenheit im Lande zu. Von grundlegender Pluralität und Freiheit im Äther sind die elektronischen Medien in

Simbabwe noch weit entfernt. Dies wird plausibel, wenn man weiß, wer die Aktienmehrheit beim populären JOY-TV besitzt. Es sind Leo Mugabe, ein Neffe des Staatspräsidenten, und (. . .) James Makamba, befreundet mit der früheren Informationsministerin Joyce Mujuru.“

- Radio

Die UNESCO hat 1992 die Zahl der Radio-Empfangsgeräte in Simbabwe auf 890 000 geschätzt. Mittlerweile dürfte die Zahl etwas höher liegen. Selbst wenn sie mittlerweile die Grenze von einer Million überschritten haben sollte, klingt das angesichts von zwölf Millionen Einwohnern immer noch gering. Es ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass nur 60% der Bewohner in solchen Regionen des Landes wohnen, in denen man überhaupt ein UKW-Programm empfangen kann. Meist ist das in den großen Städten der Fall. Ein großer Teil der Landbevölkerung ist dagegen von der Möglichkeit, ein Radio-Programm zu empfangen, völlig ausgeschlossen.

Die staatliche Zimbabwe Broadcasting Corporation sendet mehrere UKW-Rundfunkprogramme. Die Programme werden in Englisch, zu einem großen Teil aber auch in Shona, Ndebele und weiteren Bantu-Dialekten ausgestrahlt.

Das neue Mediengesetz

Das Parlament in Simbabwe berät zur Zeit über ein neues Mediengesetz. Der bislang vorliegende Entwurf des Gesetzes hat nach Ansicht der Journalisten-Union von Simbabwe (ZUJ) noch viele Schwachpunkte.

Die Regierung sagt, das Gesetz solle Privaten ermöglichen Rundfunkprogramme zu betreiben. Nach Ansicht des „Independent“-Journalisten Basildon Peta, zugleich Generalsekretär der ZUJ, wird das Gesetz gerade dieses Ziel nicht erreichen, wenn es in der jetzt vorliegenden Form verabschiedet wird. „Wie es jetzt aussieht, wird das Gesetz das staatliche Monopol nur festigen“, sagt Peta. Tatsächlich sieht der Gesetzentwurf vor, dass künftig eine Behörde Rundfunklizenzen vergibt (und im Zweifelsfalle auch wieder entzieht), die dem Einfluss des Präsidenten untersteht. „Das ist keine unabhängige Behörde“, sagt Peta – womit er unzweifelhaft recht hat.

Peta formuliert die Forderung der ZUJ: „Wir wollen eine unabhängige Rundfunkbehörde, die direkt – und ausschließlich – dem Parlament berichtet, und nicht dem Präsidenten.“

Zur Zeit übt sich die ZUJ in Lobby-Arbeit: „Wir versuchen das Gesetzgebungsverfahren soweit wie möglich zu beeinflussen“, erklärt Peta. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

SABA-News – der Blick über den Tellerrand

Der Beobachter aus Europa reibt sich verduzt die Augen, wenn er registriert, wie wenig in Simbabwe über die Situation in den Nachbarländern zu hören ist. Wenn die Zeitungen überhaupt über Sambia, Angola, Namibia, Botswana oder andere Länder im südlichen Afrika berichten, stützen sie sich auf dürre Reuters-Meldungen. Insgesamt erfährt man ausgesprochen wenig aus der Region.

Allein um die wirtschaftlichen Verknüpfungen innerhalb der Region zu intensivieren, wäre es für viele Menschen wichtig, wenn sie die Möglichkeit hätten, über den Tellerrand hinauszublicken.

Genau dieser Aufgabe hat sich SABA-News verschrieben. SABA steht für Southern African Broadcasting Association. Die Organisation hat die Infrastruktur geschaffen, die erforderlich ist, um einen systematischen Informationsaustausch innerhalb der Region zu ermöglichen.

SABA-News vernetzt staatliche und kommerzielle Rundfunksender aus Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Namibia, Südafrika, Swaziland, Tansania, Sambia, Simbabwe, Mauritius, der Demokratischen Republik Kongo und den Seychellen miteinander.

„Rundfunkveranstalter müssen sich darum bemühen, unter ihren Zuhörern für ein größeres Verständnis für regionale und internationale Zusammenhänge zu werben“, heißt es in den Statuten von SABA.

SABA-News

- macht auf Ereignisse in den Nachbarländern aufmerksam.
- behandelt Ereignisse, die außerhalb der SABA-Länder in Afrika oder sonstwo auf der Welt stattfinden und einen Bezug zu den Ländern im südlichen Afrika haben.
- will dem Recht auf freie Meinungsäußerung in allen Ländern zur Geltung verhelfen, deren Radio-Stationen bei SABA-News mitmachen.
- will dabei helfen, den Demokratisierungsprozess in der Region voranzutreiben.

Praktisch sieht das so aus: Im SABA-News-Büro an der Union Avenue in Harare sitzt Chris Msipa vor dem Computer und sichtet das Nachrichtenmaterial, das ihm aus den Nachbarländern, die sich SABA-News angeschlossen haben, täglich per e-Mail zugeschickt wird. Was er für interessant hält, gibt er in Simbabwe weiter.

Material aus Simbabwe, das Msipa für wichtig hält, hat er bereits in den SABA-News-Verteiler gestellt. Wer immer in den angeschlossenen Ländern mag, bedient sich und macht das Thema aus Simbabwe zum Gegenstand seines Radioprogramms. Msipa hat sich u.a. für einen Bericht über die Streiks in Harare entschieden. Das interessiert die Menschen in den Nachbarländern mit Sicherheit auch.

SABA-News gibt es seit 1995. Die Organisation, die von westlichen Geberländern unterstützt wird, befördert nicht allein den Nachrichtenaustausch in der Region. Vielmehr investiert sie auch in die berufliche Weiterbildung von Journalisten und bemüht sich um einheitliche technische Standards der Sender.

9. Die Menschen in Simbabwe – Zwei Beispiele

Unter den vielen Menschen, die ich in Simbabwe kennengelernt habe, sind zwei, deren Biographien zwar sicher nicht typisch sind; wer jedoch etwas über ihr interessantes Leben erfährt, erfährt zugleich viel über Simbabwe.

Der erfolgreiche Schwarze: Strive Masiyiwa

Strive Masiyiwa hat das Unmögliche geschafft. Er ist in Simbabwe innerhalb weniger Monate zum marktbeherrschenden Mobilfunk-Anbieter aufgestiegen. Und das gegen den Widerstand der Regierung. Jetzt ist er so etwas wie ein Nationalheld.

Dank Strive Masiyiwa gehört das nervtötende Handy-Piepen in der City von Harare mittlerweile zum guten Ton. Und wer etwas auf sich hält, bringt sein Mobiltelefon durch die Impulse von Masiyiwas Firma „Econet“ zum Klingen. Die Konkurrenz hat wenig zu melden.

Dass es jemals soweit kommen würde, hätte vor fünf Jahren niemand gedacht. Damals hatte der heute 37jährige damit begonnen, sich mit der Regierung anzulegen. Als er 1993 um eine Lizenz für den Betrieb eines Mobilfunknetzes nachsuchte, wurde er schroff abgewiesen. Viele Menschen mit Telefonen, uneingeschränkte Kommunikation von jedem Winkel des Landes aus, und dann noch organisiert von einem privaten Unternehmer, nicht von einer Behörde – das war eine Schreckensvision für eine Regierung, die in erster Linie an dem Erhalt ihrer Macht arbeitet. Telekommunikation, so wurde Masiyiwa beschieden, sei Sache der staatlichen Post- und Telefongesellschaft PTC, die später halbherzig und zunächst konkurrenzlos damit begann, ein Mobilfunknetz aufzubauen.

Masiyiwa zog vor die Gerichte. Ein juristischer Marathonlauf begann. Als sich abzeichnete, dass Masiyiwa - beflügelt durch selbstbewusste und regierungskritische Richter - die Ziellinie mit einem Lächeln auf den Lippen überschreiten würde, geschah, was in Westeuropa undenkbar wäre: Staatspräsident Mugabe mischte sich ein. Er erließ ein Dekret, das denjenigen, die Mobilfunk betrieben, mit bis zu zwei Jahren Gefängnis drohte – die PTC natürlich ausgenommen. Erst im Dezember 1997 hatte Masiyiwa diese Regelung - wieder mit Hilfe der Gerichte - aus der Welt geschafft.

Sein langjähriger Kampf gegen den Staat hat Masiyiwa im ganzen Land zu einem populären Mann gemacht. Als „Econet“ nach siebenmonatiger Vor-

laufzeit im Juli 1998 in Betrieb ging, rissen die Menschen Masiyiwa die Mobiltelefone aus der Hand. An die 30 000 Kunden hat „Econet“ jetzt, Mitte nächsten Jahres sollen es 50 000 sein. Schon jetzt ist Econet drittgrößter Mobilfunk-Anbieter im Afrika südlich der Sahara.

Die PTC hat nach eigenen Angaben gut 20 000 Mobilfunk-Kunden. Ein weiterer Konkurrent von „Econet“ hinkt der Entwicklung völlig hinterher. Es ist die Gesellschaft „Telecel“, in der Leo Mugabe, ein Neffe des Präsidenten, das Sagen hat. Als die Regierung endlich erkannte, dass Mobilfunk auch in Simbabwe ein Erfolg werden könnte, wollte die Clique der Mächtigen rund um den Staatschef auf den fahrenden Zug aufspringen. So wurde schnell noch die Lizenz an „Telecel“ vergeben. Doch da nur wenige Menschen in Simbabwe das Vermögen der Verwandten Mugabes mehren wollen, liegt „Telecel“ mit vielleicht 3000 Kunden abgeschlagen auf dem letzten Platz. „Die Telecel-Leute haben zwar eine Lizenz, vom Telefon-Geschäft verstehen sie aber nichts“, sagt Masiyiwa. Und außerdem, das ist der wirklich ausschlaggebende Punkt, stehen sie für das verhasste Establishment.

Ein Mann wie Masiyiwa, der es schafft, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen, der unerschrocken seinen Weg nach oben geht – so ein Mann beeindruckt die Menschen in Simbabwe. Zudem schließt das Produkt, das er anbietet, eine Lücke: In Simbabwe gibt es weniger als fünf Telefonanschlüsse je hundert Einwohner. Das Telefonnetz ist veraltet und völlig überlastet. Die staatliche Telefonbehörde schafft es nicht, daran etwas zu verändern.

Natürlich sind Mobiltelefone im südlichen Afrika für viele Menschen unerschwinglich. Daher taugen sie dort auch noch als Statussymbole. Wer in Simbabwe wichtig, modern und erfolgreich sein will, sollte ein Handy haben – und möglichst einen Vertrag mit „Econet“. „Econet“ will allerdings nicht nur Dritte-Welt-Yuppies bedienen. Daher gibt es einige Tarife, die auch für einkommensschwache Schichten interessant sind.

Im September brachte Masiyiwa „Econet“ an die Börse – als erste Telefongesellschaft südlich der Sahara. Noch vor gut einem Jahr gab es keinen ausländischen Investor, der Masiyiwa auch nur einen Dollar gegeben hätte. Jetzt klopfen die großen Fonds-Gesellschaften aus Großbritannien und den USA an. 26% der Aktien haben sie bereits gekauft. Masiyiwa selbst hält 40%. Im Jahr 2001 soll es die erste Dividende geben.

Seit Ende November 1998 kann auch der deutsche Handy-Nutzer mit seinem Gerät in Simbabwe mobil telefonieren - vorausgesetzt er nutzt das D 2-Netz von Mannesmann-Mobilfunk. Einen Kooperationsvertrag mit der Deutschen Telekom, dem früheren Staatsunternehmen, wollte Masiyiwa nicht abschließen. Wer seine Geschichte kennt, hat dafür Verständnis.

Der enttäuschte Weiße: Ein Farmer aus dem Südosten des Landes

Nein, sein Name soll nirgendwo gedruckt erscheinen, auch nicht im fernen Deutschland. Ich respektiere das natürlich und nenne den Mann einfach Bill Smith. Er ist Ende 50 und gekleidet, wie es sich für einen traditionsbewussten

Weißen gehört: kurze Hose, kurzärmeliges Hemd, beide Kleidungsstücke in Khaki, dazu helle Kniestrümpfe und derbe Halbschuhe. Bill Smith erzählt von seiner Familie: „Wir sind in der fünften Generation Afrikaner. Mein Vater kam 1930 aus Südafrika hierher.“ Die Smiths begannen, im damaligen Rhodesien Landwirtschaft zu betreiben. Mit großem Erfolg. Doch der Pioniergeist vergangener Jahrzehnte ist jetzt der Resignation gewichen.

Bill Smith fährt mich im alten Toyota-Landcruiser über sein Areal. Hinten auf dem Wagen steht ein Schwarzer mit geschultertem Jagdgewehr. Wegen der vielen Raubtiere. Man kann ja nie wissen.

Ich sehe den Stausee, die Landebahn für Flugzeuge und riesige Baobab-Bäume. Die Farm ist viele tausend Hektar groß. Wir sind stundenlang unterwegs. Am Ende habe ich nur einen Bruchteil des Landes gesehen.

Früher hielt Smith fast 30 000 Rinder auf der Farm. In den vergangenen Jahren hat es mehrere große Dürren gegeben. Allein die Dürre 1991/1992 vernichtete ein Drittel des Rinderbestandes in Simbabwe. Smith hat Konsequenzen daraus gezogen. Nach und nach verkaufte er seinen gesamten Rinderbestand. Er besann sich auf eine andere Einnahmequelle: die Wildtiere. Gerade ist er dabei, mitten auf dem Farmgelände ein komfortables Camp zu errichten. In Kürze sollen Touristen aus Europa und den USA reetgedeckte Häuser beziehen, ganz in der Nähe der Wasserstellen, an denen abends die Tiere zusammenkommen. Das Camp wird der Ausgangspunkt für Safaris sein.

Schon jetzt gibt es Jäger, die die Farm von Bill Smith besuchen um hier zum Abschuss freigegebenes Großwild zu erlegen. Bill Smith nennt keine Preise, es ist jedoch keine Geheimnis, dass passionierte Jäger aus Europa und den USA stattliche Beträge auf den Tisch blättern, wenn sie dafür Großwild erlegen dürfen.

Es geht ihm nicht schlecht, doch es könnte alles viel besser sein, meint Bill Smith. Ihn stören Korruption, Misswirtschaft, die Unterdrückung der Opposition. Dass er kein Interesse mehr daran hat, große unternehmerische Risiken einzugehen, dass er die vergleichsweise aufwendige Rinder-Haltung aufgegeben hat und statt dessen lieber Safari-Unternehmer wird, ist nicht verwunderlich; es hat nicht allein mit der Dürre der vergangenen Jahre zu tun. Auch über seiner Farm schwebt das Damokles-Schwert der Enteignung. Wer weiß, ob die Regierung nicht in Kürze anordnet, dass er sein Eigentum abgeben muss? Er kennt Leute, denen das bei der ersten Enteignungswelle in den 80er Jahren passiert ist.

Sollte jemand in seiner Situation nicht politisch aktiv werden? Nein, das führe zu nichts, sagt Smith. Er erzählt mir Dinge, die ich von Schwarzen wie Weißen immer wieder höre: Dass Oppositionelle von der Regierung bedroht und eingeschüchert würden. Einzelne hätten politisches Engagement gar mit dem Leben bezahlt. „Dann liest man plötzlich von einem Autounfall, den sich niemand so recht erklären kann“, sagt Smith.

„Warum ich noch hier bin, weiß ich nicht“, sagt Smith mir zum Schluss. Es fehle eine verlässliche Perspektive. Doch Smith muss wohl einen Rest von Hoffnung in sich tragen. Sonst hätte er in der Tat schon längst anderswo sein Glück versuchen können.